

MINISTERRAT

DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

MINISTERIUM FÜR NATIONALE VERTEIDIGUNG

Der Minister

Berlin, den 01. 12. 1989

Tgb.-Nr.: IA-1574 /89

001

Vorsitzenden des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik

Genossen Hans M o d r o w

Vorsitzender des Ministerrates
Dep.: 4 DEZ
Postnr.: 331

Werner Genosse Vorsitzender!

In der Zeit vom 27. 11. bis 29. 11. 1989 fand in BUDAPEST die 24. Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages unter Vorsitz des Ministers für Landesverteidigung der Republik Ungarn, Generaloberst K a r p a t i , statt.

Als Anlage beigelegt gestatte ich mir, Ihnen den Bericht über die wichtigsten Ergebnisse der Sitzung vorzulegen.

Die sich aus der Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister für das Ministerium für Nationale Verteidigung ergebenden Aufgaben werden, wie im Bericht dargelegt, entsprechend unseren Möglichkeiten in der weiteren Arbeit berücksichtigt.

Am 29. 11. 1989 wurden die Mitglieder des Komitees der Verteidigungsminister vom Vorsitzenden des Ministerrates der Republik Ungarn, Miklos N e m e t h , zu einer Visite empfangen.

In diesem Zusammenhang bat er, den Regierungschefs der Bruderländer seine besten Grüße und Wünsche zu übermitteln.

Gleichzeitig erlaube ich mir, Ihnen zu melden, daß ich in den Abendstunden des 27. 11. 1989 mit dem Minister für Verteidigung der UdSSR, Armeegeneral J a s o w , ein persönliches Gespräch zur Einstellung

- des Flugbetriebes auf den Flugplätzen MERSEBURG und NEURUPPIN,
 - des Ausbaus des neuen Hubschrauberflugplatzes PRENZLAU durch die Westgruppe der Streitkräfte sowie
 - des Schießens auf dem Truppenübungsplatz KÖNIGSBRÜCK
- geführt habe.

Durch Minister J a s o w wurde den von mir vorgetragenen Fragen großes Verständnis entgegengebracht und versichert, daß dem Oberkommandierenden der Westgruppe der Streitkräfte, Armeegeneral S n e t k o w , kurzfristig entsprechende Weisungen erteilt werden.

Darüber hinaus möchte ich Sie informieren, daß mich der Minister für Nationale Verteidigung der Volksrepublik Polen, Armeegeneral S i w i c k i , zur Durchsprache beiderseitig interessierender Fragen nach WARSCHAU eingeladen hat. Bei Ihrem Einverständnis mit diesem Arbeitsbesuch würde ich Ihnen zum gegebenen Zeitpunkt einen entsprechenden Vorschlag zur Bestätigung vorlegen.

Ich bitte um Kenntnisnahme, Bestätigung des Berichtes sowie des Vorschlages bzw. um Ihre Weisung.

Mit sozialistischem Gruß


Hoffmann
Admiral

B e r i c h t
über die wichtigsten Ergebnisse der
24. Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister
der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages

Auf der 24. Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister, an der außer dem Verteidigungsminister der CSSR alle Mitglieder des Komitees teilnahmen, wurden folgende Probleme behandelt:

1. Im Vortrag des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte, Armeegeneral L u s c h e w , zu den

"Grundlagen der Konzeption der Vervollkommnung der Vereinten Streitkräfte bis zum Jahre 2000 bei Gewährleistung der Hinlänglichkeit der Verteidigung"

wurden in Einschätzung der militärpolitischen Lage und der wahrscheinlichen Ergebnisse der Wiener Verhandlungen zur Reduzierung der konventionellen Streitkräfte und Rüstungen in Europa die Hauptrichtungen der perspektivischen Vervollkommnung der Vereinten Streitkräfte herausgearbeitet.

Nach eingehender Beratung dieser Problematik wurde beschlossen, eine Konzeption für den Zeitraum bis zum Jahre 2000 auszuarbeiten und sie im Jahre 1990 dem Politischen Beratenden Ausschuß der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages zur Bestätigung vorzulegen.

In diesem Zusammenhang soll unter Berücksichtigung einer möglichen weiteren Reduzierung des Umfangs der Streitkräfte der Länder das Hauptaugenmerk auf die Fragen ihrer qualitativen Vervollkommnung gerichtet werden.

Dabei sollen in den nationalen Armeen solche Fragen gelöst werden, wie

- die Herstellung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen den Teilstreitkräften und Waffengattungen sowie zwischen den Kampf- und Sicherstellungstruppen sowie
- die Schaffung wirksamer Organisationsstrukturen der Verbände, Truppenteile, Einheiten und Einrichtungen der Streitkräfte unter Berücksichtigung des strikten Verteidigungscharakters.

Aus der Sicht der Nationalen Volksarmee wurde den Richtungen für die Vervollkommnung der Vereinten Streitkräfte bis zum Jahre 2000 prinzipiell zugestimmt.

Es wurde jedoch die Notwendigkeit unterstrichen, daß bei der künftigen Struktur und Ausstattung der Nationalen Volksarmee sowohl die ökonomischen Möglichkeiten des Landes als auch die spezifischen Erfordernisse ihres Einsatzes im Rahmen der Vereinten Streitkräfte stärker beachtet werden müssen.

Darüber hinaus wurde der Standpunkt vertreten, daß bis zum Abschluß der Verhandlungen in WIEN Erweiterungen der Nationalen Volksarmee nicht vorgesehen werden, um eventuelle materielle und finanzielle Verluste bei notwendig werdenden Reduzierungen zu vermeiden.

2. Bei der Behandlung der

"Hauptrichtungen der militärtechnischen Zusammenarbeit unter den Bedingungen der Reduzierung der Rüstungen in den Armeen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages"

wurde hervorgehoben, daß die in den Ländern gegebenen Situationen zukünftig ein neues Herangehen an diese Problematik erfordert.

Durch die Vertreter der einzelnen Armeen wurde dabei eine kritische Einschätzung des gegenwärtigen Standes der militärtechnischen Zusammenarbeit vorgenommen, die

- nur unzureichend die notwendige Verknüpfung mit den politischen, militärischen und ökonomischen Interessen der Länder des Warschauer Vertrages berücksichtigt und
- durch Administration, Spezialisierungsfestlegungen, Parallelentwicklungen und ähnliches effektive Lösungen der technischen Ausrüstung der Armeen einschränkt.

Im Ergebnis des Meinungsaustausches wurde vereinbart,

- bis Ende 1990 ein Programm zur Entwicklung von Bewaffnung und Kampftechnik für die verbündeten Armeen bis zum Jahre 2000 auszuarbeiten sowie
- neue Regelungen für die militärtechnische Zusammenarbeit zwischen den Armeen und Ländern des Warschauer Vertrages, dem Technischen Komitee der Vereinten Streitkräfte sowie der Kommission für Verteidigungsindustrie des RGW vorzubereiten und gemeinsam abzustimmen.

3. Ausgehend davon, daß gegenwärtig die Strategie der USA und der NATO die Führung eines Krieges unter Einsatz sowohl von konventionellen als auch von Massenvernichtungsmitteln nicht ausschließt, behält die Herausarbeitung von

"operativ-taktischen Forderungen an das Einheitliche automatisierte System der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages zur Feststellung und Einschätzung der Ausmaße und Folgen des Einsatzes von Massenvernichtungsmitteln des Gegners, ausgehend vom Verteidigungscharakter der Militärdoktrin"

ihre Bedeutung.

Auf Grund der bestehenden Gefährdungspotentiale in den Volkswirtschaften der Länder, die in den letzten Jahren durch

- die Errichtung von Kernanlagen,
- die Konzentration von Betrieben, die Industriegifte herstellen, sowie
- den Transport, die Lagerung und die Verarbeitung dieser Gifte

weiter angewachsen sind, werden koordinierte Schritte zum Aufbau eines einheitlichen automatisierten Frühwarn- und Überwachungssystems und zur komplexen Bereitstellung von Umweltdaten zweckmäßig und notwendig.

Zur Schaffung des Systems wurden zwei Ausbaustufen vorgeschlagen.

Auf der Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister wurde aus der Sicht der Nationalen Volksarmee der Standpunkt vertreten, daß

- das bisher im Hoheitsgebiet der DDR geschaffene einheitliche System der Kernstrahlungs-, chemischen und bakteriologischen (biologischen) Aufklärung im wesentlichen den Forderungen der ersten Ausbaustufe entspricht und
- die zweite Ausbaustufe nur im Rahmen der existierenden bzw. zu schaffenden automatisierten Teilsysteme der Nationalen Volksarmee und anderer staatlicher Organe der DDR begonnen werden kann.

Die Gesamtforderungen an die zweite Ausbaustufe können jedoch vorerst mit den vorhandenen bzw. vorgesehenen Kräften sowie Mitteln des Nachrichtensens und der Automatisierungstechnik nicht erfüllt werden.

4. Im Zusammenhang mit dem bevorstehenden 35. Jahrestag der Organisation des Warschauer Vertrages am 14. 05. 1990 hat das Komitee einen Plan der Maßnahmen beschlossen, in dem vorwiegend Aufgaben für den Oberkommandierenden und die Führungsorgane der Vereinten Streitkräfte enthalten sind.

Aus der Sicht der Nationalen Volksarmee wurde auf der Sitzung hervorgehoben, daß alle Maßnahmen zu diesem Jubiläum voll und ganz den Wandlungen Rechnung tragen müssen, die sich in unseren Ländern vollziehen, und vor allem verdeutlichen müssen:

- erstens die große Bedeutung des Warschauer Vertrages für die Verteidigung des Sozialismus auf der Grundlage der gemeinsamen Militärdoktrin und
- zweitens die Notwendigkeit des weiteren Ausbaus einer wahrhaft effektiven Zusammenarbeit zwischen den Bruderarmeen entsprechend den aktuellen Bedingungen und Erfordernissen der Zeit.

5. Das Komitee der Verteidigungsminister hat entsprechend dem turnusmäßigen Wechsel dem Minister für Nationale Verteidigung der DDR den Vorsitz des Komitees bis zur Beendigung der 25. Sitzung übertragen und beschlossen, die nächste Sitzung im Mai 1990 in BERLIN durchzuführen.

Am 29. 11. 1989 empfing der Vorsitzende des Ministerrates der Republik Ungarn, Miklos N e m e t h , die Mitglieder des Komitees der Verteidigungsminister zu einer Visite.

Zu den Ergebnissen der Sitzung des Komitees wurde durch den Verteidigungsminister der UdSSR, Armeegeneral J a s o w , eine Information gegeben.

In seinen Ausführungen ging Miklos N e m e t h auf folgende Gedanken ein:

- Unsere Zeit erfordert eine neue Sicherheitspolitik und deshalb muß man von einer Politik der Konfrontation wegkommen.
Gegenwärtig wird auch keine Gefahr für einen Krieg gesehen.
- Im Prozeß der Abrüstung sind wir gut vorangekommen und unterstützen auch den gesamten weiteren Prozeß auf der Basis der Gewährleistung des Prinzips der gleichen Sicherheit bis hin zur Auflösung beider Militärblöcke.
Die Militärpolitik muß sich jedoch mehr der Politik unterordnen.

- Große Erwartungen werden in das Treffen von George B u s h und Michail G o r b a t s c h o w gesetzt, wobei weitere Aktivitäten zu Abrüstungsschritten erhofft werden.
Eine besondere Rolle im Prozeß des Umdenkens und der Initiativen zur Abrüstung kommt Michail G o r b a t s c h o w zu.

- Viel wird von dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Vertrag und seiner Neutralitätsabsicht gesprochen

"Wir bleiben Mitglied des Warschauer Vertrages, da dies ein Fakt der Stabilität in Europa ist."

Das sei der Regierungsstandpunkt und der der meisten Parteien.

Weit linke und rechte Parteien hätten dazu eine andere Meinung, die aber nicht die offizielle sei.

- Für eine Militärreform gibt es zwei Ausgangspunkte:

- . Erstens: Der Bestand der Armee richtet sich nach dem Prinzip der Hinlänglichkeit für den Schutz nach außen.
- . Zweitens: Feste Einbindung der Armee im Warschauer Vertrag solange die NATO besteht.

In den nächsten 2 - 3 Jahren soll die Armee um weitere 20 % gekürzt werden, wobei sich das insbesondere auf die Angriffskomponente bezieht.

Nach gründlicher Vorbereitung soll auf eine 12monatige Dienstzeit übergegangen werden.

Bei der Reorganisation der Struktur soll eine Trennung der Regierungsarbeit (Minister für Landesverteidigung) von der reinen militärischen Tätigkeit erfolgen. Damit soll auch der Einfluß des Parlaments auf die Armee erhöht werden.

Mit der Kürzung der Führungsorgane der Armee sollen auch Lösungen geschaffen werden, die die Rechtssicherheit für die Berufskader erhöht.

- Die bisherige Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigungsindustrie muß verändert werden, da sich die getroffenen Festlegungen nicht bewährt haben. Eine Lösung des Problems ist jedoch nur durch gemeinsames Bemühen möglich.

Zusammenfassend hob Miklos N e m e t h hervor, daß

- dort, wo es ein Mehrparteiensystem gibt, man sich mit dem Gegner im Parlament auseinandersetzen kann;
- dort, wo es ein solches System nicht gibt, der Gegner im Volke arbeitet und eine Auseinandersetzung mit ihm weitaus schwieriger ist.

Abschließend bat Miklos N e m e t h die Mitglieder des Komitees der Verteidigungsminister, ihren Regierungschefs seine besten Grüße und Wünsche zu überbringen.

Die Delegation der Nationalen Volksarmee hat die ihr für die Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister gestellten Aufgaben erfüllt.